

Dr. Eva Högl

- (A) Erstens. Die Lissabon-Strategie war viel zu unverbindlich. Die Mitgliedstaaten haben sich zwar auf Ziele verständigt; sie haben aber diese Ziele nicht konsequent verfolgt. Die jeweilige Politik, die sie betrieben haben – die einen haben Steuern gesenkt, die anderen haben Steuern erhöht –, haben sie am Ende mit der Lissabon-Strategie gerechtfertigt, ohne ein einheitliches Konzept zu haben.

Zweitens müssen wir feststellen, dass die Lissabon-Strategie viel zu schwer verständlich und zu umständlich war und auch aus den Berichtspflichten nicht wirklich etwas folgte.

Das Dritte, was ich für wesentlich halte – deswegen hoffe ich, dass möglichst viele diese Debatte verfolgen –, ist: Auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit ist uns nicht gelungen. Weder waren die Parlamente einbezogen noch die interessierte Öffentlichkeit noch Wirtschaftsverbände, Sozialpartner oder Zivilgesellschaft.

Wir müssen aus diesen Fehlern lernen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen fordern wir als SPD eine neue, eine intelligente Strategie für ein nachhaltiges und soziales Europa.

(Beifall bei der SPD)

Diese Strategie muss zweierlei leisten: Sie muss helfen, die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden, vor allem aber muss sie Perspektiven für Europa 2020 aufzeigen, und sie muss Antworten geben auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Die SPD hat mit ihrem umfassenden Antrag ein gutes Konzept vorgelegt. Es ist der SPD zu verdanken, dass wir heute Abend hier – hoffentlich engagiert – über Europas Zukunft diskutieren.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Was macht die schwarz-gelbe Bundesregierung? Die schwarz-gelbe Bundesregierung kümmert sich nicht um das Thema Europa. Sie war von Anfang an nicht engagiert und hat keine eigenen Vorstellungen in die Debatte eingebracht. Sie reagiert nur. Wenn andere Vorschläge machen – etwa die Kommission gestern oder vorher die spanische Ratspräsidentschaft –, werden diese Vorschläge – das können wir beobachten – von der Bundesregierung abgelehnt. Es wird immer nur reagiert. Ich komme zum Ergebnis: Die Bundesregierung hat weder eine Vision noch eine Strategie. Sie zeigt kein Engagement und keine Verantwortung für Europa.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Leider wahr!)

Die Bundesregierung verspielt damit – das müssen wir an dieser Stelle deutlich kritisieren – die einmalige Chance, dass Deutschland als größter Mitgliedstaat der Europäischen Union die Entwicklung mitbestimmt.

Wir dagegen legen einen umfassenden Vorschlag mit einer ganzheitlichen Strategie vor. Ich will ein paar Punkte herauspicken: Wir wollen zurückkehren zu einem Gleichklang aus wirtschaftlicher Entwicklung,

Wachstum, Beschäftigungspolitik, sozialem Fortschritt und verantwortungsvoller Umweltpolitik. (C)

Deshalb sagen wir: Eine einseitige Wachstumsstrategie mit einem überkommenen Wachstumsbegriff wird der Zukunft Europas nicht gerecht. Das ist im Übrigen ein Punkt, den ich an dem Papier, das die Kommission vorgelegt hat, kritisiere: dass jetzt nur noch von Wachstum die Rede ist.

Wir wollen eine einheitliche Strategie, das heißt, wir wollen alle politischen Prozesse verbinden. Wir fordern auch eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik mit der Beschäftigungs- und Sozialpolitik sowie der Umweltpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir hören, dass schon der Vorschlag der Kommission, die Berichte parallel vorzulegen, von der Bundesregierung abgelehnt wird, können wir nur sagen: Das ist sehr bedauerlich.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Stärkung des Sozialen. Wir fordern, dass der Wirtschaftsunion endlich eine Sozialunion, die diesen Namen verdient, an die Seite gestellt wird. Bei einer Sozialunion geht es nicht nur darum, dass Menschen in Beschäftigung kommen. Wir müssen auch darüber diskutieren, in was für eine Beschäftigung sie kommen. Es geht um die Qualität der Arbeitsplätze. Auch das fehlt in dem Papier der Kommission.

Die größte Sorge der Menschen in ganz Europa ist, dass sie von ihrer Arbeit zunehmend nicht leben können. Deswegen brauchen wir klare Ziele für Mindestlöhne, für Entgeltgleichheit von Männern und Frauen, und wir brauchen klare Ziele bei der Armutsbekämpfung. (D)

(Beifall bei der SPD)

2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Deswegen begrüße ich es, dass die Kommission vorschlägt, 20 Millionen Menschen aus der Armutgefährdung herauszuholen, und die Mitgliedstaaten auffordert, sich gemeinsam dieses Ziel zu setzen. Es reicht aber nicht, nur diese Erklärung abzugeben. Wir brauchen zur Bekämpfung der Armut konkrete Politik, klare Vorgaben und Maßnahmen.

Ich will an dieser Stelle auch sagen: Es ist unerträglich, wenn Hilfebedürftige beschimpft werden und über die Dekadenz des antiken Roms schwadroniert wird. Was wir brauchen, sind mehr Taten in Brüssel, vor allen Dingen aber mehr Taten in Berlin und eine konsequente Politik zur Bekämpfung der Armut.

(Beifall bei der SPD)

Eine Bemerkung zur Außendimension. Wenn wir über die Lissabon-Strategie und über die Nachfolgestrategie EU 2020 diskutieren, diskutieren wir auch darüber, wie sich Europa in seinen Außenbeziehungen darstellt, wie wir in der Welt agieren. Das halte ich für einen entscheidenden Punkt. Wir wollen Vorbild sein; aber wir müssen diesem Anspruch auch gerecht werden.

Dr. Eva Högl

(A) Deshalb ist es sehr wichtig – wir haben das in unseren Antrag auch hineingeschrieben –, dass wir uns dem fairen Welthandel verpflichten und vor allen Dingen die soziale Dimension der Globalisierung nicht aus den Augen verlieren.

Ich will noch ein paar abschließende Bemerkungen zur sogenannten Governance machen. Ich habe am Anfang gesagt: Die Lissabon-Strategie war auch deshalb nicht erfolgreich, weil die darin enthaltenen Verfahren nicht gut waren. – Aus diesen Fehlern müssen wir jetzt lernen.

Wir brauchen wenige Ziele und kein Wolkenkuckucksheim, also keine Ziele, die nicht erreichbar sind, sondern realistische Ziele, aber wir brauchen vor allen Dingen auch – ich habe das eben schon angesprochen – mehr Verbindlichkeit in den Zielen. Ich habe es sehr begrüßt, dass die spanische Präsidentschaft gleich zu Beginn des Jahres gesagt hat, dass es ein ganz entscheidender Punkt sein wird, wie verbindlich sich die Mitgliedstaaten auf Ziele verständigen.

Wir diskutieren hier im Deutschen Bundestag. Deswegen sage ich an dieser Stelle auch: Wir müssen die Parlamente ernst nehmen. Ich finde es nicht gut, dass wir, bevor die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat reist und dort die deutsche Position vertritt, keine Gelegenheit haben, hier im Deutschen Bundestag über die Position zu diskutieren, die dort vertreten wird. Dadurch wird das Parlament missachtet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Das tun wir doch!)

Deswegen sollten wir uns darauf verständigen, die Parlamente ernst zu nehmen und auch zu stärken.

Wir haben gute Chancen, eine neue Strategie auf den Weg zu bringen. Wir haben eine engagierte spanische Ratspräsidentschaft, und wir haben sogar gute Grundlagen durch die Kommission, auch wenn ich den Vorschlag im Detail kritisiere.

Die SPD zeigt mit ihrem Antrag den Weg auf, wie es gehen kann, und macht gute Vorschläge. Die Bundesregierung behindert und beteiligt uns nicht. Deswegen sage ich: Nehmen Sie den Antrag der SPD an, nehmen Sie das zur Richtschnur für unsere Politik in Europa! Frau Merkel, nehmen Sie den Deutschen Bundestag ernst und nehmen Sie Europa ernst!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Dr. Johann Wadephul das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es besteht in der Tat Anlass, den Oppositions-

fraktionen sehr herzlich dafür zu danken, dass wir, einen Tag nachdem sich die Kommission geäußert hat, Gelegenheit haben, über die Strategie EU 2020 hier im Plenum des Deutschen Bundestages miteinander zu diskutieren. (C)

Nach den vorliegenden Anträgen und auch nach Ihren Einlassungen, Frau Kollegin Högl, gibt es jedoch keinen Anlass, über das, was die Opposition vorschlägt, hier positiv zu diskutieren.

Ich stelle erstens fest, dass es durchaus bisher schon die Gelegenheit gegeben hat, mit der Bundesregierung über ihre Meinung zu EU 2020 zu sprechen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich werde gleich einmal erzählen, was die Bundesregierung letzte Woche dazu gesagt hat!)

Der Herr Staatssekretär Hintze ist im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union gewesen. Bemerkenswert ist Ihre Schweigsamkeit dort gewesen. Sie haben nur wenige Fragen gestellt.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch so ein Schnack und ich stelle eine Zwischenfrage!)

Sie haben sich an der Diskussion im Ausschuss nicht beteiligt. Sie trotzdem hier im Plenum hinzustellen und zu sagen, es gebe keine Gelegenheit, mit der Bundesregierung zu reden, ist schlichtweg unlauter; das muss ich zurückweisen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens. Dass Sie sich hier hinstellen und nun der christlich-liberalen Bundesregierung vorwerfen, dass sie auf europäischer Ebene zu wenige Impulse gegeben hat, finde ich in der Tat bemerkenswert.

Die Europäische Union hat nun wirklich gerade unter der Achsenpolitik Gerhard Schröders zu leiden gehabt. Die Europäische Union wäre nicht da, wo sie jetzt ist, wenn Helmut Kohl die Europäische Union und den europäischen Gedanken in den 80er-Jahren, in einer Phase der Lethargie, nicht wieder nach vorne gebracht hätte, wenn er nicht den Euro gemeinsam mit Theo Waigel gegen viele Widerstände von links durchgesetzt hätte und wenn Angela Merkel nicht diejenige gewesen wäre, die durch viele Gespräche auf europäischer Ebene dafür gesorgt hat, dass der Lissabon-Vertrag letzten Endes Wirklichkeit geworden ist.

(Zuruf von der LINKEN: Leider!)

Der Motor Europas sitzt also hier in der Koalition, und die christlich-liberale Regierung setzt ihre Europapolitik jetzt ganz im Sinne von Helmut Kohl fort. Dessen sollten Sie sich besinnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Er stottert aber! – Weiterer Zuruf von der SPD: Sie haben aber keinen Sprit mehr!)

(A) Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schäfer?

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Ja, gerne.

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Herr Kollege Dr. Wadephul, sind Sie mit mir bei all dem, was uns als Demokraten verbindet, der Meinung

(Peter Hintze, Parl. Staatssekretär: Nein!)

– hören Sie erst einmal zu –, dass die einzige Achse in der Politik des 20. Jahrhunderts die Achse Rom-Berlin-Tokio war, –

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Na ja.

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

– dass es die zentrale Absicht der Achse gewesen ist, Krieg zu führen, und dass insbesondere die Zusammenarbeit von Gerhard Schröder mit dem französischen Präsidenten dazu geführt hat, dass sich die Europäische Union weitestgehend nicht an diesem illegalen Irakkrieg beteiligt hat?

(Kai Wegner [CDU/CSU]: Was heißt denn „weitestgehend“?)

(B) Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Herr Kollege Schäfer, der zweite Teil Ihrer Frage zeigt mir, dass Sie es richtig verstanden haben: Es gehört zu den Grundprinzipien deutscher Politik nach dem Zweiten Weltkrieg, ein ausgezeichnetes Verhältnis zu Frankreich zu haben. Das ist auch Politik der jetzigen Regierung. Es war allerdings ein zentraler europapolitischer Fehler der Regierung Schröder, die europäische Politik unter Vernachlässigung kleiner Partner nur auf diesen einen großen Partner zu verengen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch falsch!)

Ich halte an dieser Kritik fest.

Es war Balsam für die Seelen vieler kleinerer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dass Außenminister Guido Westerwelle gleich zu Beginn nicht nur Polen, sondern auch die Niederlande besucht hat und somit ein Zeichen für die kleinen Länder gesetzt hat. Deutschland ist gut beraten, kleinere Staaten mit einzubeziehen und nicht auf jene Art Politik zu machen, wie es Gerhard Schröder fälschlicherweise getan hat.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Es tut mir leid, aber Sie haben aus den Erfahrungen des Irakkriegs nichts gelernt!)

Herr Kollege Schäfer, ich würde gerne auf das Thema unserer Diskussion zurückkommen. In der Tat ist es vollkommen richtig, dass wir anfangen müssen, eine kritische Analyse und Auswertung der Lissabon-Strategie

vorzunehmen; da sind wir uns einig. Dennoch bin ich der Meinung, dass wir nicht über der Strategie und all dem, was gemacht wurde, den Stab brechen sollten. (C)

Natürlich sind viele Ziele, die man sich gesetzt hat, nicht erreicht worden, etwa in Bezug auf die Beschäftigungsquote, die Steigerung der Investitionen und das Wirtschaftswachstum. Daraus sollten wir aber die richtigen Lehren ziehen. Wenn wir auf der Welt Einfluss haben und unsere Bürgerinnen und Bürger weiterhin für die europäische Idee begeistern wollen, sollten wir durchaus daran festhalten, Europa zu einer Region des Wohlstandes, der maximalen Beschäftigung und der Vermeidung von Armut zu machen, in der es optimale Bildung für alle unabhängig von der Herkunft gibt. Das sind im Kern richtige Ziele, die nicht ganz erreicht wurden. Wir sollten diesen Weg weitergehen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das Gegenteil ist erreicht worden!)

Ich möchte zu dem, was Sie jetzt hier vorschlagen, konkret sagen: Wenn wir feststellen, dass wir zu euphorisch waren, muss man die Anstrengungen in der Tat maximieren und sehen, was man mehr tun kann. Frau Kollegin Högl, es hilft nur nichts, sich jetzt – wenn ich Sie richtig verstanden habe – noch höhere Ziele zu setzen

(Dr. Eva Högl [SPD]: Doch!)

und noch detaillierter aufzuschreiben, was man machen will. So steht beispielsweise im Barroso-Papier, dass man die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen von 69 auf 75 Prozent steigern will usw. Ich glaube, man sollte sich hier nicht zu sehr auf Zahlen fixieren und nicht meinen, dass man hier mit arithmetischer Exaktheit vorgehen kann. Vielmehr müssen wir lernen, dass zu euphorische und detaillierte Ziele nicht geholfen haben; am Ende bringen sie mehr Frust als Belebung in die Debatte. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch aus Sicht meiner Fraktion bleibt richtig, dass wir im Bildungsbereich vorangehen. Hier geht die Bundesregierung voran: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen und zum Glück alle Länder dazu überreden können, mitzuwirken.

(Lachen des Abg. Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist eine zentrale Frage für den Wohlstand in Europa, dass wir im Bildungsbereich alle Schätze heben, die unser Land bietet. Deswegen müssen wir hier eindeutig vorangehen.

Ein zweiter, etwas neuerer Schwerpunkt: Energie und Klimawandel. Ich glaube, nach der Kopenhagener Konferenz hat jeder gemerkt, dass hier auch innerhalb Europas einige Anstrengungen nötig sind. Bundesumweltminister Norbert Röttgen ist hier gemeinsam mit der gesamten Bundesregierung Schrittmacher; Europa ist hier Schrittmacher in der Welt. Wir müssen beim Thema Klimaschutz vorangehen; das muss auch unsere Energiepolitik in Deutschland bestimmen. Der Weg ist richtig; wir sollten ihn weitergehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Johann Wadephul

- (A) In anderen Bereichen müssen wir lernen und nicht glauben, dass allein wir in Deutschland immer die richtigen Rezepte haben.

Wenn Sie etwas verengend meinen, die gesamte deutsche Sozial- und Arbeitsmarktpolitik müsse in ganz Europa übernommen werden, dann ist das, glaube ich, der falsche Ansatz. Nicht alles, was wir machen, ist das Optimum; auch andere haben Modelle, die richtig sind. Das Flexicurity-Konzept, das aus dem skandinavischen Raum kommt und von der Europäischen Union übernommen wurde und sowohl Sicherheit als auch Flexibilität am Arbeitsmarkt bedeutet, ist ein Modell, das Zukunft hat. Dieses Konzept sollten wir auch in Deutschland offener miteinander diskutieren. Dafür sollten Sie vielleicht einigen ideologischen Ballast abwerfen. Hier ist mehr Flexibilität im Denken verankert als in dem, was seit 20 oder 30 Jahren in Ihrem Parteiprogramm steht. Es bringt optimale Beschäftigungschancen für die Menschen. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn wir über die Anträge diskutieren, muss man auch in aller Kürze auf das eingehen, was die Linkspartei vorgelegt hat. Den Eindruck zu erwecken, als wäre gerade Europa im Vergleich zu Asien, zu den Zuständen auf dem indischen Subkontinent oder in China, oder auch zu den USA sozusagen ein Kontinent der sozialen Ausgrenzung, ist geradezu ungeheuerlich. Mehr soziale Rechte als in Europa gibt es eigentlich nirgendwo.

- (B) Wenn Sie mit Ihrem Antrag beabsichtigen, dass man nur noch dann weiterverhandeln kann, wenn man Ihre Fortschrittsklausel in das EU-Vertragswerk aufnimmt, dann zeigt das, dass Sie Europa letztlich lähmen wollen.

Sie sind immer noch nicht in Europa angekommen. Das ist eine traurige Bilanz, die wir heute ziehen. Ich hoffe, dass das Haus insgesamt das anders sieht, und freue mich noch auf zahlreiche Diskussionen zum Konzept Europa 2020.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Alexander Ulrich für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir können feststellen – das haben auch die Vorredner mehr oder weniger bestätigt –, dass die Lissabon-Strategie gescheitert ist. Vom wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum können wir, glaube ich, nicht reden. Das Ziel von 3 Prozent Wachstum, das ursprünglich verfolgt wurde, wurde nur in zwei von den zehn Jahren knapp erreicht. 2009 schrumpfte die Wirtschaft um 4 Prozent, wie wir wissen.

(C) Die Beschäftigungsquote ist zwar um 4 Prozentpunkte gestiegen, die Arbeitslosigkeit liegt aber bei 9,5 Prozent, und – das ist das Traurige daran – die Qualität der Arbeitsplätze lässt sich an der stetigen Zunahme der Zahl der Armutslöhner ablesen. Bereits vor der Krise waren es 8 Prozent der Erwerbstätigen in Europa.

Ein größerer sozialer Zusammenhalt – das hat sogar der Kollege von der Union gesagt – ist, glaube ich, nicht vorhanden. Wenn Sie Europa als Vorreiter bezeichnen, dann sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass 80 Millionen Menschen in Europa und damit fast 20 Prozent von Armut bedroht sind. Das muss bekämpft werden, aber nicht, indem man darauf verweist, dass es in anderen Kontinenten der Welt noch schlimmer ist.

Die soziale Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Bei den Themen Bildung, Forschung und Entwicklung müssen wir feststellen, dass die Investitionen in dem Bereich weit hinter Japan und den USA liegen. Auch hier sind die Ziele deutlich verfehlt worden.

Ursache für diese völlige Verfehlung der Ziele ist aber nicht die Wirtschafts- und Finanzkrise, wie es manche darstellen wollen. Schon zuvor hatte die EU miserable Beschäftigungszahlen und hohe Armutsrisiken.

Ursache für diese völlige Verfehlung der Ziele ist auch nicht, dass die Lissabon-Strategie nicht umgesetzt oder ambitioniert genug erarbeitet wurde, wie die Kommission und auch Sie nicht müde werden, zu behaupten. Ursache für die völlige Verfehlung der Ziele ist, dass die Strategie umgesetzt wurde.

(D)

Die Arbeitsmärkte wurden flexibilisiert und die Sozialsysteme, wie man so schön sagt, modernisiert, in Deutschland unter dem schönen Namen Agenda 2010 und Hartz IV. Das war die nationale Umsetzung der Lissabon-Strategie.

Insofern ist das, was Sie in Ihrem Antrag schreiben, liebe Frau Högl, vielleicht auch ein bisschen Vergangenheitsbewältigung. Denn dass wir in Europa diese Ziele verfehlt haben, war auch dem geschuldet, dass man in Deutschland Vorreiter für Sozialabbau, Dumpinglöhne und Steuerdumping auf breiter Flur war. Sie haben damit in Europa ein schlechtes Zeichen gesetzt. Denn das, was Sie heute selbst darlegen, ist Ergebnis Ihrer eigenen Politik unter Rot-Grün oder danach unter Schwarz-Rot.

(Beifall bei der LINKEN)

Gemeinsam mit einem weiteren Kernstück der Strategie, der Liberalisierung der Finanzmärkte, hat dies wesentlich dazu beigetragen, den Boden für die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 30er-Jahren zu bereiten. Hier muss man noch einmal deutlich sagen: Europa und Deutschland sind nicht Opfer der Finanzkrise, sondern aufgrund ihrer Politik Mitverursacher der Finanzkrise.

Eine Strategie, mit der man genau das Gegenteil dessen erreicht hat, was man sich davon versprochen hat, muss grundlegend überarbeitet werden. Eigentlich brauchen wir jetzt keine Neuaufgabe „Europa 2020“, sondern mehr Zeit, um zu analysieren. Auch die Vorredner haben

Alexander Ulrich

- (A) deutlich gemacht, dass man diesen Weg nicht weitergehen kann. Denn steigende Wettbewerbsfähigkeit führt nicht automatisch zu Nachhaltigkeit, sozialem Fortschritt und guter Arbeit.

Im Gegenteil, oftmals werden genau diese auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert. Das Gleiche gilt für das Wachstumsziel. Wachstum, das auf Lohndumping und Sozialabbau beruht, verschlechtert die Lebensqualität der Mehrheit der Menschen und verringert den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union. Diese Dimensionen sind nicht gleichrangig. Dies ist schon in der Konstruktion der EU, in deren Zentrum der Binnenmarkt steht, so angelegt.

Jetzt zu dem Thema, das Sie bereits angesprochen haben: zur sozialen Fortschrittsklausel. Der Europäische Gerichtshof hat deutlich gemacht, dass Binnenmarktfreiheiten höher zu bewerten sind als soziale Grundrechte. Für einen Ausgleich kann man nur sorgen, wenn man bei den Vertragsveränderungen auch über den sozialen Fortschritt diskutiert. Genau darauf zielt unser Antrag. Wenn es um den EU-Beitritt von Island geht, muss dieser Aspekt in den Verhandlungen thematisiert werden. Ansonsten wird dieses Ziel nie erreichbar sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss. Ich denke, ein soziales Europa ist nicht mit den Zielen vereinbar, für die alle anderen vier Fraktionen in diesem Hause im letzten Jahrzehnt leider standen. Sie sind Mitverursacher des Europas, das wir heute haben, das immer mehr auseinanderfällt und das große Probleme hat. Deshalb kann ich den anderen vier Fraktionen in den weiteren Debatten nur zurufen: Europa ist kein Selbstbedienungsladen für die Wirtschaft. Ein Europa für die Menschen gelingt nur gemeinsam.

(B)

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die FDP-Fraktion spricht nun die Kollegin Gabriele Molitor.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gabriele Molitor (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist spät, aber nicht zu spät, als dass man nicht noch wach genug sein könnte, um Sie, Frau Dr. Högl, zu fragen, wo Sie von der SPD mit Ihrem Außenminister eigentlich die letzten elf Jahre gewesen sind. Sie hätten alle Möglichkeiten gehabt, die Europapolitik auf die Erfolgsspur zu führen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte einen Aspekt in die Diskussion einbringen, der mir bei der Zeitungslektüre aufgefallen ist: Wenn Europa gegenüber den Vereinigten Staaten und China eine globale Kraft werden will, dann muss es aufhören, sich wie eine Sammlung von reichen einzelnen

Staaten zu verhalten, und beginnen, für seine Ziele zu kämpfen. – Mit diesem Satz beginnt ein Artikel der Märzausgabe des *Time Magazine*. Ich fand diesen Satz sehr interessant, weil er die bei uns geführte Europadebatte aus einem völlig anderen Blickwinkel betrachtet. (C)

Im März 2000 steckten sich die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat in Lissabon das Ziel, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 durch umfangreiche Reformen zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die Lissabon-Strategie bildet seither den Rahmen für die Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial- und Umweltpolitik der Europäischen Union. Die ursprüngliche Strategie nahm jedoch im Laufe der Zeit eine so komplexe Struktur an, dass sie nur in einigen Bereichen zum Erfolg führte. Auch die Wirtschaftskrise hat die Lissabon-Strategie beeinflusst. Es fehlten die notwendigen Instrumente, um die Krise von Anfang an bekämpfen zu können. Besonders krisenverschärfend wirkte sich die mangelnde Aufsicht der Finanzmärkte auf EU-Ebene aus. In diesem Bereich wurden die Hausaufgaben bis heute nicht gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Die Gründe für dieses enttäuschende Ergebnis sind offensichtlich. Es gab auf EU-Ebene zu viele Einzelziele, und die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Mitgliedstaaten wurden nicht ausreichend berücksichtigt. Mit den heute von den Oppositionsfraktionen vorgelegten Anträgen zur neuen Wachstumsstrategie „Europa 2020“ laufen wir Gefahr, genau denselben Fehler zu wiederholen. Die hier aufgestellten Forderungen sind zu umfangreich, zu wenig zielgenau. Es ist falsch, die neue Agenda mit Regelungs- und Reformansprüchen für jeden denkbaren Bereich zu überfrachten. Auch der Ruf nach Füllhörnern mit sozialen Wohltaten und Forderungen nach einer sozialen Fortschrittsklausel würden die Zukunftschancen der Europäischen Union schmälern. (D)

(Beifall bei der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum?)

Der Grundsatz der Balance zwischen Erwirtschaften und Verteilen gilt nicht nur im Inland, sondern auch auf europäischer Ebene.

Vielmehr müssen wir der neuen Strategie die richtigen Prioritäten geben. Als Lehre aus der Wirtschaftskrise müssen die EU-Mitglieder noch intensiver zusammenarbeiten und Mechanismen entwickeln, die zeigen, dass jeder Krise auch Chancen zur Veränderung innewohnen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, neue Wachstumsquellen zu erschließen, um krisenbedingte Arbeitsplatzverluste wettzumachen. Wissensbasiertes Wachstum, die aktive Teilhabe an integrativen Gesellschaften und Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige und vernetzte Wirtschaft müssen im Vordergrund stehen. Hinzu kommt die Förderung internationaler Kooperationen mit fairen und geregelten internationalen Handels- und Finanzsystemen. All diese neuen Maßnahmen müssen sowohl zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen als auch leistungsfähige Arbeitsmärkte gewährleisten. Wir müssen uns die Globalisierung und die

Gabriele Molitor

- (A) wechselseitige Abhängigkeit zunutze machen. Kein Mitgliedstaat allein kann hier erfolgreich sein.

Die EU-Kommission hat gestern ihr Konzept für eine Nachfolgestrategie der Lissabon-Strategie vorgestellt. Das Arbeitspapier enthält ehrgeizige Formulierungen zur Ausgestaltung einer nachhaltigen europäischen Marktwirtschaft. Wir Liberale begrüßen diese Überlegungen. Allerdings fehlt auch diesem Papier die notwendige Fokussierung auf wichtige Kernbereiche. Damit läuft das Konzept Gefahr, ähnlich wie die Lissabon-Strategie zuvor, zu viel auf einmal zu wollen und am Ende mit leeren Händen dazustehen.

Im Einklang mit der Arbeits- und Sozialministerkonferenz warne ich die Kommission davor, erneut Versuche zu unternehmen, die arbeitsrechtlichen Vorschriften der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu harmonisieren. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten und im Hinblick auf die Wahrung der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit darf es hier keine Vereinheitlichung geben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Stattdessen sollte sich die Kommission auf die Förderung von nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung konzentrieren. So haben wir es in der Koalitionsvereinbarung festgehalten. Das hat die Arbeits- und Sozialministerkonferenz bekräftigt. So wird es auch von vielen anderen Mitgliedstaaten gesehen. Wir können die in dem Entwurf formulierten Ziele nur dann unterstützen, wenn sie die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gewährleisten; denn nur mit wettbewerbsfähigen und erfolgreichen Unternehmen können wir das Niveau unserer Beschäftigungs- und Sozialmodelle aufrechterhalten. Die globalisierte Wirtschaft verdeutlicht uns jeden Tag aufs Neue, dass wir nur durch ständige Weiterentwicklung Wachstum und Wohlstand erreichen können.

(B)

Ein Arbeitsplatz ist nun einmal der beste Schutz gegen Armut und Ausgrenzung. Zusätzlich brauchen wir moderne und finanzierbare Sozialsysteme, die krisenfest sind und der Alterung der europäischen Bevölkerung Rechnung tragen. Dabei muss klar sein, dass ein Sozialstaat, der Armut bekämpfen will, auch das Prinzip des Forderns und Förderns berücksichtigen muss. Es muss uns um die Qualität und nicht um die Benennung möglichst vieler Themengebiete gehen. Nur auf diese Weise wird Europa eine wichtige Rolle in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts spielen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich das Wort dem Kollegen Manuel Sarrazin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss in meiner kurzen Redezeit eines klarstellen: Es gibt

einen grundlegenden Unterschied zwischen den Fraktionen der FDP und der CDU/CSU und zwischen uns. Sie wollen gar kein soziales Europa. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es steht im Koalitionsvertrag ausdrücklich, dass Sie kein soziales Europa wollen. Da helfen auch Schönwetterreden nicht. Sie, Frau Molitor, sprechen davon, dass wir eine engere Zusammenarbeit brauchen. Das finde ich gut.

Wir hatten in der letzten Woche eine tolle Ausschusssitzung. In dieser Sitzung habe ich das Auswärtige Amt gefragt, ob die Handschrift der Bundesregierung in der Mitteilung der Kommission zu erkennen ist. Der kompetente Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes hat daraufhin gesagt, er könne beim besten Willen nicht wissen, was in der Kommissionsmitteilung enthalten sei. Zwei Tage später und noch vor der Veröffentlichung erfahren wir von einem Brief, den die Bundeskanzlerin Merkel an Barroso geschrieben hat, in dem sie davon spricht, die engere Koordinierung, die vorhin Frau Molitor angesprochen hat, gehe nicht und sei mit ihr nicht abgesprochen gewesen. Da frage ich mich wirklich, ob Sie das, was Sie uns hier erzählen, selber glauben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Mit Blick auf die Strategie „EU 2020“ – ich verweise da auf unseren Antrag – müssen wir das Versprechen für ein sozialeres Europa tatsächlich ernst nehmen und dürfen nicht mit leeren Worthülsen reagieren. Die Grundrechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, indem beispielsweise das Grundrecht auf Freizügigkeit für einen einfachen Arbeitnehmer plötzlich durch irgendeine Sozialklausel beschränkt werden soll. Es darf auch keine Einschränkungen bei den anderen Grundrechten aus der Grundrechtscharta geben. Wir brauchen tatsächlich konkrete Aussagen und konkrete Handlungen, die wir und auch die SPD beschrieben haben. (D)

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Sie reden nur über Umweltfragen!)

Wenn wir wissen wollen, was die Handschrift der Bundesregierung ist, dann schauen wir doch einmal in die Zeitung, wie Frau Molitor es getan hat. Es wird von „Madame No“ gesprochen. Die *Financial Times Deutschland* schreibt, es bestehe die Gefahr, dass Deutschland die Debatte erstickt. Das ist der Eindruck, der von der Bundesregierung nach Europa transportiert wird. Sie haben nur eine Handschrift: Sie dementieren, Sie diskutieren nicht, sondern Sie ducken sich weg. Am Ende versuchen Sie nur noch, zu verhindern, und sagen: Ich finde das doof. – Das ist kein europäischer Stil, wie er sich gehört. Sie bringen sich nicht proaktiv ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Das ist unter Ihrem Niveau!)

Wir führen seit einigen Monaten die Debatte über dieses Vorhaben der EU. Es gab dazu auch eine Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums. Ich muss sagen,

Manuel Sarrazin

- (A) eine solche dünne Stellungnahme habe ich selten gelesen. Die Stellungnahme des Bundesrates hatte deutlich mehr Inhalt.

Die Konsultationsfrist wurde von Ihnen verschnarcht. Auf unsere Bitte, diese Frist etwas großzügiger zu gestalten und sich dafür bei Herrn Barroso einzusetzen, damit die Parlamente beteiligt werden können, hat Frau Merkel antworten lassen, das verstehe sie schon, aber es gehe leider nicht. Jetzt heißt es plötzlich, was die Kommission vorschlägt, gehe nicht, weil man die nationalen Parlamente einbinden müsse. Entscheiden Sie sich einmal! Sie wollen doch nur verhindern, dass endlich nach vorne gegangen wird.

Wir sagen nicht, dass uns das, was die Kommission aufschreibt, genug ist. Natürlich muss man Nachhaltigkeit viel genauer definieren. Natürlich muss Artenvielfalt viel ausführlicher besprochen werden. Natürlich muss das soziale Europa konkreter ausgestaltet werden. Natürlich müssen Sie energischer an Themen wie Klimaschutz und erneuerbare Energien herangehen. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Wer sich in Europa nicht proaktiv mit Gestaltungswillen einbringt, sondern nur mit bösen Briefen, der agiert nicht im Sinne einer stärkeren Integration und im Sinne einer Lösung der Probleme, die wir jetzt haben. Er agiert letztendlich nicht europäisch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

- (B) Ich kann ja verstehen, dass sich die Bundesregierung im Rat manchmal wie auf einer Insel fühlt. Aber wer bei der derzeitigen Debatte gleichzeitig sagt, man solle die Berichte zur EU 2020 und zum Stabilitätspakt nicht gemeinsam – im Sinne von zeitgleich – evaluieren, der hat nicht die grundlegenden Lehren aus der Krise von Griechenland gezogen.

Die EU-2020-Strategie wird wesentliche Weichenstellungen vornehmen. Sie ist dabei noch nicht so konkret, dass man sie nicht weiter gestalten könnte. Ich habe leider nicht die Hoffnung, dass Sie sie positiv gestalten werden. Ihnen bleibt nur ein Ausweg: Nehmen Sie den Antrag der Grünen und meinetwegen auch den Antrag der SPD an.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat das Wort der Kollege Karl Holmeier für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Karl Holmeier (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als neu gewählter Abgeordneter sehe ich viele politische Entscheidungen noch stark mit den Augen der Bürgerinnen und Bürger. Und das ist gut so.

- (Christian Lange [Backnang] [SPD]: Ich bin auch Bürger!) (C)

Mit diesen Augen habe ich gestern die von der Kommission beschlossene Mitteilung zur neuen Wachstumsstrategie „Europa 2020“ gelesen. Diese neue Strategie soll die gescheiterte Lissabon-Strategie aus dem Jahre 2002 ablösen. Sie war damals von Rot-Grün verhandelt worden, als Rot-Grün noch Regierungsverantwortung in Deutschland trug. Herr Sarrazin, ich glaube, ein Grüner war damals Außenminister.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Damals hieß es: Wir wollen innerhalb der nächsten zehn Jahre zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsgetriebenen Wirtschaftsraum der Welt werden. Das war ein hochgestecktes und ehrgeiziges Ziel, bei dem sich viele Menschen gefragt haben, ob und wie das zu erreichen ist.

Was ist eigentlich die Kernaufgabe der Europäischen Union, und was soll die Europäische Union leisten? – Wir alle, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sollten verhindern, dass wir uns in Europa noch einmal solche realitätsfernen Ziele setzen. Europa muss bürgernäher werden; das ist das Hauptziel in den nächsten Jahren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das erreichen wir jedoch nicht mit Zielen, die fernab jeder Realität sind. Damit machen wir uns unglaublich und erweisen dem europäischen Gedanken einen Bärendienst. Lassen Sie mich kurz in drei Punkten erläutern, was ich von der Europäischen Union erwarte. (D)

Erstens. Konzentration auf Kernziele. Die Europäische Union soll sich auf ihre Kernziele konzentrieren. Sie soll das machen, was wir nicht mindestens genauso gut oder gar besser in den Mitgliedstaaten erreichen können. Hierzu gehört, vernünftige Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum in der gesamten Europäischen Union zu schaffen und internationale Wettbewerbsfähigkeit herzustellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das heißt aber auch, dass wir keine Sozialpolitik aus Brüssel wollen und brauchen, wie die Damen und Herren von der Opposition sie gerne sehen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Sie wollen kein soziales Europa!)

Zweitens. Bürgernähe und Glaubwürdigkeit. Bei der Erreichung dieser Ziele müssen wir darauf achten, dass wir nicht an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei entscheiden. Unsere Ziele müssen nachvollziehbar und realistisch sein, und die Mehrheit der Menschen muss sich damit identifizieren können. Häufig können sie das nicht. Ich kann daher auch den Europaverdross gut verstehen. Die Menschen haben es satt, sich von der Europäischen Union ihre Lebensführung vorschreiben zu lassen.

Karl Holmeier

- (A) sen. Das fängt beim Glühbirnenverbot an und hört bei der Festlegung des Salzgehaltes auf der Brezen oder im Brot auf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir können Europa nur weiterentwickeln, wenn wir die Menschen mitnehmen.

Drittens. Bessere Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und mehr Geschlossenheit. Wir brauchen in Europa eine bessere Abstimmung der Institutionen mit den Mitgliedstaaten. Die Europäische Kommission kocht noch viel zu häufig ihr eigenes Süppchen, ohne Rücksicht auf die Interessen der Mitgliedstaaten zu nehmen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass die Europäische Kommission kein gewähltes Gremium, sondern ein Beamtenapparat ist.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Bitte?)

Wir wollen eine leistungsfähige und selbstbewusste Europäische Union, die mit einer Stimme spricht und entschlossen für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand eintritt. Nur durch ein einiges Europa können wir unsere Werte und Interessen erfolgreich in der Welt vertreten.

- (B) Werden mit dem Kommissionsvorschlag zur Strategie 2020 die Erwartungen erfüllt? – Wenn ich mir das Papier der EU-Kommission von gestern ansehe, kommen mir erhebliche Zweifel, ob meine und unsere Erwartungen erfüllt werden und ob die Kommission ihre Lehren aus der gescheiterten Lissabon-Strategie gezogen hat. Zwar sehe ich auch gute Ansätze. Das gilt vor allem für die Akzente, die die Kommission mit der Strategie 2020 setzen möchte. Eine wissens- und innovationsbasierte, eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Wirtschaft, die die natürlichen Ressourcen schont, sowie eine hohe Beschäftigungsquote und sozialer Zusammenhalt: Dies alles sind Punkte, die ich selbstverständlich teile und mit mir sicherlich auch viele andere Menschen in unserem Land.

Problematisch wird es allerdings bei den konkret beschriebenen Zielen. Die Kommission nennt sechs Kernziele, die bis 2020 erreicht sein sollen, und sie verbindet diese Kernziele mit konkreten Zahlen.

Erstens. Die Erhöhung der Beschäftigungsquote auf 75 Prozent. Die Beschäftigungsquote für die 20- bis 64-Jährigen soll bis 2020 auf 75 Prozent steigen. Dieses Ziel ist – wenn auch mit anderen Zahlen – bereits aus der Lissabon-Strategie bekannt.

Angesichts der aktuellen Beschäftigungsquote von 69 Prozent kann man mit diesen Zielen durchaus leben. Ich will dennoch betonen, dass der Einfluss der Politik auf die Erreichung dieses Ziels begrenzt ist. Nicht die Politik schafft Arbeitsplätze, sondern die Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir können lediglich die Rahmenbedingungen setzen.

Zweitens: 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung. Die Regierungen sollen 2020 3 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung investieren. Dieses Ziel ist ebenfalls nicht neu. Auch hier hat der Staat nur begrenzten Einfluss. Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass seit der gleichlautenden Vorgabe der Lissabon-Strategie vor zehn Jahren die Investitionen in Forschung und Entwicklung der 27 Mitgliedstaaten nicht einmal gestiegen, sondern sogar leicht zurückgegangen sind. Zum Vergleich: 1,86 Prozent waren es im Jahr 2001, 1,85 Prozent im Jahr 2007. Vor diesem Hintergrund frage ich mich ernsthaft, wie realistisch es ist, in weiteren zehn Jahren eine Steigerung auf 3 Prozent zu schaffen.

Drittens: Umsetzung der 20-20-20-Umweltziele. Im Interesse des Klimaschutzes und der Schonung der natürlichen Ressourcen sollen die Klima- und Energieziele bis 2020 erreicht werden, das heißt 20 Prozent CO₂-Reduzierung, ausgehend vom Niveau 1990; Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent; Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent. Diese Ziele sind nicht neu. Damit übernimmt die EU weltweit eine Vorreiterrolle, und deshalb sollten wir als Deutsche auch hinter diesen Zielen stehen. Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass unsere eigenen Ziele sogar höher angesetzt sind und wir diese Ziele auch erreichen wollen und auch erreichen werden.

Viertens: Bildung, konkret: Erhöhung der Hochschulabsolventenquote. Im Bereich der Bildung ist vorgesehen, die Schulabbrecherquote von derzeit 15 Prozent auf 10 Prozent zu reduzieren. Außerdem sollen 40 Prozent der 30- bis 34-Jährigen im Jahr 2020 ein abgeschlossenes Hochschulstudium haben. Hierzu kann ich nur sagen: Wer so etwas beschließt, hat keine Ahnung vom deutschen Bildungssystem.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Genau!)

Zum einen ist Bildung in Deutschland Ländersache. Das heißt, Brüssel kann und darf nicht über die Köpfe der Länder hinweg entscheiden.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das macht Bayern allein!)

– Jawohl.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum anderen – dies ist noch viel wichtiger –: Diese Zielvorgabe lässt eine große Errungenschaft Deutschlands vollkommen außer Betracht – unser duales Bildungssystem. Wir brauchen in Deutschland nicht nur Hochschulabsolventen, sondern vor allem qualifizierte Facharbeiter. Es kann nicht sein, dass wir mehr Architekturstudenten als Maurerlehrlinge haben. Eine solche Zielvorgabe wird unsere Zustimmung sicherlich nicht erhalten.

Fünftens: Armutsreduzierung. Letztes Kernziel der Kommission ist, dass 20 Millionen Menschen, die zurzeit unterhalb der Armutsgrenze leben, aus der Armut befreit werden.

Karl Holmeier

- (A) (Axel Schäfer [Bochum] [SPD], an die CDU/CSU gewandt: Das Mehr an Redezeit wird euch bei der nächsten Europa-Debatte abgezogen werden! Vorab abgezogen!)

Ich frage mich, wer die Erreichung dieses sozialistischen Zieles steuern will. Die Armutsgrenze orientiert sich am Durchschnittseinkommen der Europäischen Union, und die verschiebt sich bekanntlich hin und wieder. Kaufen zum Beispiel europäische Fußballklubs wieder ein paar teure brasilianische Spieler, so steigt das Durchschnittseinkommen in der Europäischen Union, und schon fallen wieder ein paar Menschen unter die Armutsgrenze, obwohl sich ihr Einkommen nicht verändert. Umgekehrt kann das Ziel schon dadurch erreicht werden, dass die Einkommen oberhalb des EU-Durchschnittswertes sinken. Damit sinkt auch der Gesamtdurchschnitt. Die Situation der in der Armut lebenden Menschen hat sich damit nicht verbessert.

Sechstens. Europa braucht – das ist das wichtigste Ziel – einen Bürokratieabbau. Das ist vor allem für unsere Wirtschaft wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich abschließend noch auf den einen oder anderen Aspekt der Mitteilung der EU-Kommission eingehen, der mir persönlich sehr am Herzen liegt. Die Europäische Kommission ist in dieser Mitteilung der Versuchung erlegen, den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufzuweichen. Dieser Pakt ist eine Errungenschaft Deutschlands für die gesamte Europäische Union. Die unbedingte Einhaltung der Stabilitätskriterien verdanken wir unserem ehemaligen Finanzminister Dr. Theo Waigel, Mitglied der Regierung von Helmut Kohl. Er hat damit ein maßgebendes Instrument für eine starke D-Mark auf den Euro übertragen. Damit sind wir gut gefahren, und das werden wir in Europa trotz aller Krisen auch weiter tun. Die EU-Kommission will nun ihre wirtschaftspolitischen Ziele mit den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verknüpfen, wie dies von verschiedenen Akteuren der Europäischen Union schon seit langem mehr oder weniger offen gefordert wird. Hiergegen lege ich ein klares Veto ein.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Auch das noch!)

Ich habe mich daher gefreut, dass unsere Bundeskanzlerin gegenüber dem Kommissionspräsidenten bereits klar zum Ausdruck gebracht hat, dass sie hierzu keine Zustimmung geben wird.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, ich muss jetzt wirklich auf die Redezeit achten.

Karl Holmeier (CDU/CSU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, es besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf.

(Heiterkeit)

Den Anträgen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken kann ich nicht zustimmen. Sich so zu verhalten, empfehle ich auch den Mitgliedern unserer Koalitionsfraktionen, vor allem vor dem Hintergrund, dass ich nicht will, dass in Brüssel Sozialpolitik gemacht wird. (C)

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Aber in Bayern!)

Das wollen wir alle nicht und brauchen wir vor allem nicht. Der Regierung kann ich für die Verhandlungen in Brüssel nur auf den Weg geben: keine überstürzten Beschlüsse, keine unrealistischen Ziele und keine Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Ich habe jetzt ein bisschen überzogen, aber es ist ja die letzte Rede.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das kann man wohl sagen! – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Frau Präsidentin, wie lange war denn das?)

Ich sage einen herzlichen Dank und wünsche einen angenehmen Abend.

(Heiterkeit – Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, dass ich nicht immer so großzügig bei der Bemessung der Redezeit bin. (D)

(Karl Holmeier [CDU/CSU]: Aber es war meine erste Rede!)

Kollege Holmeier hat seine erste Rede hier gehalten, und es ist gleichzeitig die letzte Rede in der heutigen Debatte.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Deshalb bitte ich, die Großzügigkeit einfach so zu akzeptieren und nicht davon auszugehen, dass sich dieses häufig wiederholt.

Ihnen, lieber Kollege Holmeier, darf ich also herzlich zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag gratulieren, verbunden mit den besten Wünschen für die weitere Arbeit.

(Beifall – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das Zeitmanagement ist verbesserungsbedürftig!)

Nun schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/882, 17/902 und 17/898 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.